
GLASNOST/PERESTROIKA

Rezension von: Jörg Huffschnid
(Hrsg.), Die Wirtschaftsreform in der
Sowjetunion. Glasnost/Perestroika,
Bd. 3. Köln, prv, 1987, 194 Seiten,
DM 14,80

Das Wissen über die Wirtschaft der Sowjetunion steht gegenwärtig in einem etwas schiefen Verhältnis zu dem enormen Interesse, das den Veränderungen in der UdSSR zuteil wird. Schon von daher darf ein Sammelband mit sowjetischen Originalbeiträgen bzw. -dokumenten Aufmerksamkeit beanspruchen. Sicherlich beschränkt sich der Umbau der sozialistischen Gesellschaft nicht auf wirtschaftliche Reformen – unzweifelhaft bildet die Wirtschaft aber den materiellen Kernbereich. Was also tut sich im Zentrum der Umgestaltung?

Jörg Huffschnid (Bremen) drückt einleitend die Phantasien potentieller Leser auf ein realistisches Maß: „Bei allen bereits sichtbaren Fortschritten und Erfolgen dieses Prozesses ist jedoch unübersehbar – und wird auch in der Sowjetunion immer wieder betont – daß wesentliche Schritte noch zu tun sind, daß es Schwierigkeiten gibt und daß die Herausbildung eines neuen ökonomischen Mechanismus zur effektiven Steuerung der zweitgrößten Wirtschaft der Welt noch in vollem Gange ist“ (S. 8/9).

Unter diesem Lichte sind die im Band gesammelten Beiträge Nachweis einer Diskussion, die in ihrer Offenheit so manchen erstaunen lassen dürfte; beispielsweise, wenn T. Saslawskaja und W. Jefimow in ihren Anmerkungen zum „Gesetz über die staatlichen Betriebe (Vereinigungen) vom 30. Juni 1987“ (S. 80–137) fordern,

daß „an die Stelle der wissenschaftlichen Rechnungsführung auf Kosten des Staatsbudgets Rentabilität und Selbstfinanzierung treten, an die Stelle der kontingentierten Verteilung der Ressourcen unmittelbare Wirtschaftsbeziehungen und Großhandel, anstatt der verlustbringenden Preisbildung ein flexibles System fester Limit- und Vertragspreise eingeführt werden (sollten); anstatt der gleichmacherischen Entlohnung, die auf dem harten System des Tariflohns und des Arbeitslohns laut Stellenplan beruht, sollte man den Arbeitskollektiven das Recht gewähren, selbst das Maß der Entlohnung für die Mitglieder des Kollektivs aus den durch wirtschaftliche Rechnungsführung erwirtschafteten Einnahmen zu bestimmen...“ (S. 149) etc. Ein anderes Beispiel der Offenheit der Diskussion, wenn L. Korenjew in seinem Aufsatz „Eigenverantwortung der Betriebe: Ein ökonomisches und soziales Risiko?“ gegen „überholte Methoden des Wirtschaftens“ (S. 149) anspricht und mahnt: „Selbständigkeit kann nicht bedingt sein und sich nicht auf Anordnung gründen, andernfalls gibt es sie einfach nicht.“ (S. 152)

Was sich in der politökonomischen Realität unter diesen Sätzen verbirgt, ist zweierlei:

Nach einer Phase außerordentlicher wirtschaftlicher Expansion befand sich die Sowjetunion anfang dieses Jahrzehnts in einer „Vorkrise“ (Gorbatschow), die geprägt war durch Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, dauernde Rückstände der Produktion hinter den Planvorgaben, mangelhafte Umsetzung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse etc. Das Kernstück des momentanen Umbaus (dessen institutioneller Kern das schon erwähnte Gesetz vom 30. Juni 1987 über die staatlichen Betriebe ist) muß deshalb die radikale Neuordnung der Aufgaben und Kompetenzen der zentralen Planungsbehörden auf der einen und der Betriebe und Produktionsvereinigungen auf

der anderen Seite sein – es geht darum, „der zentralisierten Wirtschaftsleitung eine qualitativ neue Gestalt“ zu verleihen, wie es markant im ZK-Beschluß vom 27. Juni 1987 (S. 18–54) heißt. An die Stelle administrativer Kontrollinstrumente sollen weitestgehend ökonomische Hebel der Wirtschaftslenkung treten.

Zweitens geht es um eine radikale Erweiterung der (betrieblichen) Demokratie. Was für die Wissenschaften gilt, gilt nämlich auch für die Betriebe; „Neben der Entfremdung der Gesellschaftswissenschaften vom Leben fehlte zur Entwicklung der Wissenschaften die geistige Atmosphäre. Es gab keinen freien Meinungsstreit; es fehlten echte Diskussionen in den Zeitungen“, konstatiert etwa A. Aganbegjan (S. 185). Für die Produktionssphäre stellt sich nun die mangelnde Demokratie als Hindernis weiterer Produktivkraftentwicklung heraus. Während man z. B. „die Wählbarkeit der Kolchosvorsitzenden im Laufe von mehr als einem halben Jahrhundert als einfache Formalität beobachten konnte“ (S. 139), sollen nun die Leitungen der Betriebe und Vereinigungen auf *allen* Ebenen von den Beschäftigten gewählt und auch wieder abgewählt werden können. Die Räte der Arbeitskollektive sollen die Interessen der Arbeitskollektive auch ge-

genüber den Leitungen besser zur Geltung bringen können.

Beide Punkte hängen dem Verständnis der sowjetischen Wirtschaftsreformer zufolge unmittelbar und untrennbar zusammen: so würde „ohne wirklich völlige wirtschaftliche Rechnungsführung, ohne radikale Erweiterung des Kreises von Fragen, über die die Betriebe entscheiden dürfen, die Wählbarkeit der Leiter entweder einfache Formalität sein oder statt Nutzen Schaden bringen“ (S. 139).

Dem Band fehlt allerdings ein zusammenfassender Beitrag, der dem Leser genaueres über die Wirtschaft in der UdSSR nahebringen könnte. Die zum Abdruck gelangten Beiträge haben doch zumeist den Charakter wirtschaftspolitischer Stellungnahmen und vermitteln so zwar ungeheures Wissen über den diesbezüglichen Diskussionsstand; die politökonomisch-statistischen Grundlagen der Diskussion werden so jedoch kaum erhellt. Der Herausgeber hätte ohne weiteres seinen eigenen Beitrag über die Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion (*Huffschmid*, Umbau der Wirtschaft und Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung. Zur neuen wirtschaftspolitischen Strategie in der Sowjetunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1987, S. 73–88) voranstellen können.

Alfred J. Noll